

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

20. Mai 2026: Die außerordentlichen Aufnahmezentren – ein außergewöhnliches System wird zur Norm

Am 30. April 2026 schlossen die Staatspolizei und die Aufsichtsbehörde der Präfektur zwei außerordentliche Aufnahmezentren (CAS) im Gebiet Leonforte auf Sizilien aufgrund schwerwiegender hygienischer Probleme. Die Bewohner*innen wurden in andere Einrichtungen in der Umgebung verlegt. Ein neu veröffentlichter Bericht von ActionAid und openpolis zeigt, dass dieser Fall keine Ausnahme darstellt, sondern ein weit verbreitetes Muster widerspiegelt.

Der Bericht „[La frontiera, ovunque](#)“ vom April 2026 (Die Grenze überall) widerlegt die Darstellung der italienischen Regierung von einer „Migrationskrise“ und zeigt stattdessen auf, wie dieser „Ausnahmestand“ durch politische Entscheidungen geschaffen wird. Das System der außerordentlichen Aufnahmezentren (CAS), das ursprünglich als [vorübergehende Lösung](#) geschaffen wurde, um Lücken in regulären Aufnahmeeinrichtungen in Zeiten hoher Ankunftszahlen zu schließen, ist zur Norm geworden. Im Jahr 2024 beherbergten CAS-Einrichtungen 71,9 % der Menschen im Aufnahmesystem, während das Aufnahme- und Integrationssystem (SAI), das als Standardsystem gedacht ist, nur 24,7 % beherbergte.

CAS-Einrichtungen bieten weniger Dienstleistungen und Inklusionsangebote an als das SAI-System, wodurch Menschen in prekären Situationen gefangen bleiben, ohne angemessenen Zugang zu Integrationsunterstützung. Der Bericht hebt zudem einen starken Trend zu größeren Einrichtungen und das Wachstum gewinnorientierter Betreiber hervor. Infolgedessen konzentrieren sich die Zentren zunehmend nicht darauf, ihren Bewohnern hochwertige Dienstleistungen zu bieten, sondern vielmehr darauf, Kosten zu senken und die betriebliche Effizienz zu verbessern. Dies [standardisiert ihren Betrieb](#) weiter und ignoriert die Bedürfnisse der Einzelnen. Folglich verlagert sich der Schwerpunkt des Systems von der Bereitstellung von Aufnahme- und Integrationsunterstützung hin zur bloßen Unterbringung von Menschen auf der Flucht.

Aus diesem Trend haben sich mehrere schwerwiegende Probleme ergeben. Viele CAS-Einrichtungen sind überbelegt – im Jahr 2024 waren fast tausend von insgesamt sechstausend Zentren oberhalb ihrer Kapazität – während Zentren in anderen Regionen noch über viele freie Plätze verfügten. Im Jahr 2023 wurden mindestens 823 unbegleitete Minderjährige in Einrichtungen für Erwachsene untergebracht. Obwohl dies gemäß dem Dekret 133/2023 nur unter außergewöhnlichen Umständen zulässig ist, wenn in geeigneten Aufnahmeeinrichtungen kein Platz vorhanden ist, scheint sich diese Praxis zu normalisieren. Obwohl das Dekret nur eine vorübergehende Unterbringung für bis zu 90 Tage zulässt, werden längere Aufenthalte immer häufiger, wobei der längste verzeichnete Aufenthalt 1.413 Tage betrug. ActionAid berichtet, dass Minderjährige in Einrichtungen für Erwachsene untergebracht werden, selbst wenn Plätze in Einrichtungen verfügbar sind,

die auf ihre spezifischen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Dies setzt einige der schutzbedürftigsten Menschen noch größeren Risiken aus und schränkt ihren Zugang zu Bildung und altersgerechten Angeboten ein.

Der Fall von Leonforte hat gezeigt, dass Inspektionen äußerst wichtig sind, um sicherzustellen, dass die Einrichtungen Mindeststandards einhalten. Der Bericht hebt jedoch hervor, dass Inspektionen nur 19,1 % der Einrichtungen abdecken, wobei erhebliche geografische Ungleichheiten bestehen. Darüber hinaus beschränken sich Inspektionen, selbst wenn sie durchgeführt werden, oft auf formale Kontrollen.

Vor kurzem ist in [Vignanello](#), einer Stadt in Latium, Widerstand gegen die Pläne der Regierung entstanden, eine neue CAS-Einrichtung in einem ehemaligen Nachtclub in einem Industriegebiet zu errichten. In der Stadt und den umliegenden Gemeinden wurden über [2.000 Unterschriften](#) gegen diese Pläne gesammelt. Stattdessen fordern lokale Akteure Investitionen in das SAI-System und dessen Ausbau, einschließlich umfassender Integrations-, Ausbildungs- und Arbeitsvermittlungsprojekte. Sie lehnen die Schaffung neuer Räume der Segregation ab und setzen sich stattdessen für Maßnahmen ein, die auf echter Integration basieren, in Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften entwickelt und auf deren soziale Realitäten zugeschnitten sind.

Der Bericht und die Fälle von Leonforte und Vignanello veranschaulichen, wie die italienische Regierung das Narrativ einer „Migrationskrise“ nutzt, um außergewöhnliche Maßnahmen innerhalb des italienischen Aufnahmesystems und die Senkung von Standards zu rechtfertigen. Dadurch ist ein System, das nur für Ausnahmesituationen gedacht war, zur Norm geworden. Infolgedessen sind einige der schutzbedürftigsten Menschen, die in Italien ankommen, größeren Risiken ausgesetzt, was Menschen auf der Flucht daran hindert, die ihnen zustehenden Rechte in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen.